

# Zürich

## Sollen 16-Jährige wählen dürfen?

**Kantonsrat** Der Kantonsrat lässt einen Vorstoss prüfen, der das Stimmrechtsalter auf 16 senken will. Allerdings müssten sich die Jugendlichen aktiv um die Mitsprache bemühen.

**Katrin Oller**

Jugendliche wollen sich politisch äussern. Das zeigen nicht nur die jungen Menschen, die fürs Klima streiken, sondern auch Jugendparlamente und steigende Mitgliederzahlen der Jungparteien. Diesem Umstand Rechnung tragen derzeit mehrere Vorstösse auf kantonaler und nationaler Ebene, die das Stimmrechtsalter auf 16 senken wollen.

Gestern hat nun der Kantonsrat entschieden, eine entsprechende parlamentarische Initiative von Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) und Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau) zu prüfen. Minderjährige sollen das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf Kantons- und Gemeindeebene erhalten – allerdings auf Anfrage, wenn sie sich aktiv im Stimm- und Wahlregister eintragen. Damit sollen politisch interessierte Jugendliche nicht mehr ausgeschlossen werden, sagte Gehrig. Sie wolle jungen Menschen eine Stimme geben, weil diese am längsten von politischen Entscheidungen betroffen seien und die ältere Bevölkerung ein immer grösseres Gewicht erhalte. Lenggenhager ergänzte: «Die Jungen sind heute reifer, als wir es waren, und machen sich Sorgen um die Zukunft.»

**Jüngste dafür, Zweitjüngster dagegen**

Der Vorstoss ist ein Anliegen des Jugendparlaments, das ihn vor einem Jahr mit 83 Ja- zu 3 Nein-Stimmen unterstützte. Ebenfalls unterstützt wird die Senkung des Stimmrechtsalters von SP, AL und den Grünen, obwohl sich diese gegen die Hürde der aktiven Anfrage wehrten: «Warum sollten sich 16-Jährige speziell um Mitsprache bemühen, nur weil sie jung sind?», fragte Silvia Rigoni (Zürich). Diese Einschränkung wollen die Grünen in der Kommission bekämpfen.

Mit Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten) sprach sich die jüngste Kantonsrätin für den Vorstoss aus, weil sie es «ätzend»

finde, dass Jugendliche ihre Zukunft in die Hände derjenigen legen müssten, die nicht mehr lange leben würden. «Es ist auch ätzend, dass jungen Menschen die Kompetenz aufgrund des Alters abgesprochen wird», sagte die 22-Jährige.

Der zweitjüngste Parlamentarier Benjamin Fischer (SVP, Volkswil) wehrte sich allerdings gegen den Vorstoss. Obwohl er selber schon mit 15 in die Jungpartei eingetreten sei, seien vie-

le mit 16 noch nicht in der Lage, sich eine eigenständige Meinung zu bilden, sagte der heute 27-Jährige. Die Gefahr der Abhängigkeit und der Beeinflussung durch Lehrer, Lehrmeister und Eltern sei bei 16-Jährigen zu gross.

Nach den beiden Jüngsten sprach der Älteste der FDP-Fraktion, Hans-Peter Brunner (Horgen), der «den Jungen die Illusion rauben muss», wie er sagte. Denn die Senkung des Stimmrechtsalters würde die Stimmb-

teilung der jungen Erwachsenen – der tiefsten aller Altersklassen – kaum erhöhen. «Mehr Rechte bedeuten nicht mehr Engagement», sagte der 63-Jährige. Die Volljährigkeit sei als Grenze sinnvoll, da dann die Kongruenz von Rechten und Pflichten gegeben sei. Walter Meier (EVP, Uster) warnte vor einem 17-jährigen Gemeinderat, der ein Millionenbudget zu verwalten hätte, obwohl er seinen eigenen Lehrvertrag nicht unterschreiben könne.

Für die EVP wäre nur das passive Stimmrecht unterstützungswürdig.

Eine solche Trennung kommt für Sonja Gehrig nicht infrage. Sie verwies auf den Kanton Glarus, wo das Stimmrechtsalter 16 seit zwölf Jahren gut funktioniert. Zudem würde es dem Rat gut anstehen, Rücksicht zu nehmen auf ein Anliegen des Jugendparlaments. Dieser Meinung waren 77 Kantonsräte, was für die vorläufige Unterstützung reichte.

## Das kurze Leben eines Paragrafen

**Kantonsrat** Ein neuer Paragraf des Gemeindegesetzes hat letztes Jahr bei zahlreichen Zürcher Gemeinden für rote Köpfe gesorgt. In den Budgets für 2019 führte er vielerorts zu verzerrenden Zahlen. Das Parlament hat diesen Fehler nun wieder behoben.

Konkret ging es darum, wie die Ausgleichszahlungen beim Ressourcenausgleich in der Rechnungslegung einer Gemeinde abgegrenzt werden. Der Kantonsrat hatte den Paragrafen vor zweieinhalb Jahren verabschiedet. In Winterthur beispielsweise führte er dazu, dass aus einem Plus von fast 13 Millionen über Nacht ein Minus von 42 Millionen wurde. Auch andere Nehmergemeinden rutschten ins Minus.

Der Kantonsrat beschloss gestern in zweiter Lesung, die neue Auflage rückgängig zu machen – diskussionslos und ohne Gegenstimmen. Das bedeutet, dass die Nehmergemeinden ihre Budgets 2020 wieder verzerrungsfrei darstellen können.

Die linke Ratsseite bezeichnete den Paragrafen im letzten Dezember als «Rohrkrepieler» und «bürgerlichen Fehler». Für die FDP wiederum liegt die Schuld eher beim kantonalen Gemeindeamt, das auf einer bürokratischen Umsetzung beharrt habe. Der Winterthurer Stadtrat sei hocherfreut über die Gesetzesänderung, teilte er gestern kurz nach der Debatte mit. (sda)

## SVP empört über ZKB-Chef

**Anfrage** Die SVP gelangt an den Bankrat der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Der Grund ist eine Äusserung von ZKB-Chef Martin Scholl zum EU-Rahmenvertrag. In einem Interview mit der «Weltwoche» sagte er dazu: «Für mich als Bürger überwiegen die Vorteile des Vertragsentwurfs.»

Die Zürcher SVP findet dies mehr als unglücklich. Es bleibe Herrn Scholl als Bürger freigestellt, was er denke. «Es wäre aber klug, wenn er sich als ZKB-Chef bei dieser politischen Frage zurückhalten würde», schreibt die Partei in ihrer Anfrage an den ZKB-Bankrat. Sie will wissen, ob der Bankrat solche Äusserungen gutheisst. (sda)



Schülerdebatte im Rathaus: Jugendliche möchten sich am politischen Prozess beteiligen. Foto: Reto Oeschger

## Keine Geschlechterquote für Wahllisten

**Kantonsrat** Vorstoss der Linken für höheren Frauenanteil scheitert.

Weder Frauen noch Männer dürfen mehr als 55 Prozent der Listenplätze auf einem Wahlvorschlag belegen – dies forderte eine parlamentarische Initiative der SP. Die Chancengleichheit sei noch nicht gegeben, monierte Erstunterzeichnerin Michèle Dünki (SP, Glattfelden). Die Gründe: Männer seien in einflussreichen Organisationen und Parteien besser vernetzt, während Frauen sich mehr in der Familien- und Freiwilligenarbeit engagierten.

Aktuell beläuft sich der Frauenanteil im Zürcher Kantonsrat auf ein Drittel. Bei den Kandidierenden für die Wahlen am Sonntag beträgt er 42 Prozent. Je nach Partei variiert er stark.

Durch ihre Forderung nach einer Quote von mindestens 45 Prozent wollte Dünki auch Platz lassen für Inter- und Transsexuelle. Auf der gegenüberliegenden Ratsseite stiess sie auf klare Ab-

lehnung. «Was geschieht, wenn Listen nicht mit genug Frauen besetzt sind? Müssen Frauen dann überredet werden?», fragte Barbara Grüter (SVP, Rorbas). «Frauen sollen sich engagieren können, nicht müssen.»

**Dreifachbelastung**

«In der Praxis scheitert es daran, dass es schwierig ist, eine Dreifachbelastung auszuhalten», meinte Sonja Rueff (FDP, Zürich), die Vorstandsmitglied der Zürcher Frauenzentrale ist. Worauf Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau) entgegnete, männliche Politiker müssten ebenfalls oft Politik, Beruf und Familienarbeit unter einen Hut bringen.

Die Quote von mindestens 45 Prozent liesse sich auch rein rechnerisch in kleinen Wahlkreisen nicht umsetzen, fuhr Rueff fort. Daher sei der Vorstoss der SP das falsche Mittel. Dem pflich-

tete Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) als Sprecherin ihrer Partei bei. Dennoch stimmte sie als Einzige ihrer Fraktion für den Vorstoss – aus Sympathie für das Anliegen, wie sie nach der Debatte sagte.

Auch die Grünen waren sich nicht einig. Es gebe auch verfassungsrechtliche Vorbehalte, da die Quote Einpersonellen ausschliesse, sagte Silvia Rigoni (Grüne, Zürich). Handkehrum meinte sie: «Es ist keine Hexerei, eine anständige Mischung auf Wahllisten hinzukriegen.»

Am Ende stimmten nur SP, AL, Teile der Grünen und Gehrig für den Vorstoss. Mit 49 Stimmen blieb er unter den für eine vorläufige Unterstützung nötigen 60 Stimmen. Was bleibt, ist der Aufruf von Ruth Ackermann (CVP, Zürich): «Unterstützen wir die Frauen, sich mehr zu vernetzen – und die Männer, mehr Familienarbeit zu übernehmen.» (mts)

## Bürgerlicher Vorstoss für CO<sub>2</sub>-Reduktion

**Kantonsrat** Biogas soll energietechnisch angerechnet werden.

Die Verwendung von Biogas soll künftig ebenfalls zählen, wenn es darum geht, ob Gebäude im Kanton Zürich die Anforderungen des Energiesetzes erfüllen. Eine entsprechende parlamentarische Initiative (PI) aus den Reihen von CVP, FDP und SVP wurde gestern im Kantonsrat mit dem absoluten Mehr von 92 Stimmen vorläufig unterstützt.

Erstunterzeichner Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon) erklärte, Biogas sei nahezu CO<sub>2</sub>-neutral, da das darin enthaltene CO<sub>2</sub> ursprünglich von Pflanzen aus der Luft gewonnen werde. Zudem sei es stets verfügbar und lasse sich gut speichern. «Heute wird sich zeigen, wer tatsächlich zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bereit ist», sagte Wiederkehr. Er spielte damit auf Vorstösse der Ratslinken für die Ausrichtung des Klimanotstands an.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen) hielt dagegen: «Es geht um ein in

der Energiebilanz unbedeutendes Nischenprodukt.» Der Vorstoss würde es nur einigen Hausbesitzern ermöglichen, ihre Häuser nicht besser isolieren zu müssen. Zudem brächte die Umsetzung grossen bürokratischen Aufwand mit sich. So wären die Lieferverträge für Biogas im Grundbuch einzutragen, um zu verhindern, dass nach einem Hausverkauf statt mit Biogas plötzlich mit Erdgas geheizt werde.

**«Nichts als heisse Luft»**

«Statt konkreter Wärmedämmung gäbe es das Versprechen, auf erneuerbare Energie zu setzen», doppelte Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen) nach. Erst vor einem Jahr habe der Kantonsrat ein entsprechendes Vorhaben einstimmig abgelehnt, da es weder dem Regierungsrat noch der zuständigen Kantonsratskommission gelungen sei, eine über-

zeugende Umsetzung zu erarbeiten. Die Ratsrechte produziere mit ihrem Vorstoss «nichts als heisse Luft», folgerte die GLP-Kantonsrätin.

**«Haar in der Suppe suchen»**

Das liess Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) nicht auf sich sitzen: Mit dem Vorstoss lasse sich immerhin ein bescheidener Beitrag zur Förderung erneuerbarer Energie leisten. Auch Christian Lucek (SVP, Dänikon) verspricht sich davon eine CO<sub>2</sub>-Reduktion. Wiederkehr meinte schliesslich, das Hauptproblem sei wohl, dass der Vorstoss nicht von der links-grünen Ratsseite komme: «Deshalb wird das Haar in der Suppe gesucht.» Mit den Stimmen von CVP, EDU, FDP und SVP wurde die PI vorläufig unterstützt. Nun wird sich die zuständige Kantonsratskommission damit befassen. (mts)